

Medienmitteilung

Tag der Wirtschaft: Standort Schweiz im globalen Wettbewerb

Jahresversammlung des Wirtschaftsdachverbands

Im Zentrum des diesjährigen Tages der Wirtschaft stand der *Standort Schweiz im globalen Wettbewerb*. Der Präsident des Wirtschaftsdachverbands rief Politik und Wirtschaft auf, Handlungsspielräume zu öffnen, welche Wachstum möglich machten. Auch kleine Länder wie die Schweiz hätten in einer globalen Wirtschaft genügend Freiheiten, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Doch diese müssten konsequent genutzt werden. In seinem Gastreferat wies der Präsident des ABB-Verwaltungsrats, Jürgen Dormann, eindringlich darauf hin, dass nicht allein die Schweiz gefordert sei, sondern sämtliche westlichen Industrieländer. Der globale Wettbewerb liesse keinen Stillstand zu und würde den Westen zu höherer Leistung zwingen. Noch gehe es um den Wettbewerb der Produktionsstandorte, doch in wenigen Jahren werde auch der Wettbewerb der Forschungsstandorte in vollem Gange sein.

Schwieriger Anpassungs- und Reformprozess

Trotz wieder etwas aufgehellteren Konjunkturaussichten und dank einem etwas freundlicheren aussenwirtschaftlichen Umfeld gebe es eine erhebliche Verunsicherung von Verbrauchern und Investoren, meinte der Präsident von economiesuisse, Ueli Forster. Grund dafür sei der teilweise schmerzhafteste Anpassungsprozess der schweizerischen Volkswirtschaft an die neuen ökonomischen Realitäten. Die Gestaltungsräume der nationalen Wirtschaftspolitik hätten sich verändert. Die Globalisierung zeige schonungslos auf, dass die Politik nur das verteilen könne, was am Markt erwirtschaftet werde. Daher müsse die Einsicht wachsen, dass politische Macht gegen weltwirtschaftliche Veränderungen wenig ausrichten könne. Forster sprach sich dafür aus, den Anpassungs- und Reformprozess in der Schweiz unbedingt fortzusetzen: Durch Strukturwandel sei bisher noch keine Volkswirtschaft zugrunde gegangen, wohl aber durch Zuwarten und Verharren.

Ja zur Personenfreizügigkeit und klares Bekenntnis zu Freihandelsabkommen

Insbesondere in der Aussen- und Wirtschaftspolitik bestehe grosser Handlungsbedarf, gab der economiesuisse-Präsident zu bedenken. Von zentralem Interesse für die Schweiz sei die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Mitgliedsländer. Nachdem die Bevölkerung im Mai 2000 mit Zweidrittelmehr der Personenfreizügigkeit zugestimmt habe, gehe es am 25. September 2005 nicht mehr ums Prinzip, sondern bloss um die zusätzliche Verschärfung der Schutzbestimmungen zu Gunsten unserer Arbeitnehmer. Das Abkommen sei praktisch massgeschneidert für unser Land. Wer nun dagegen Sturm laufe, verleugne den erfolgreichen bilateralen Weg der Schweiz. Forster machte klar, dass die bilateralen Abkommen aus Sicht der Unternehmen einen wichtigen Standortvorteil darstellen und zu den unverzichtbaren Rahmenbedingungen unseres Landes gehören. Der Wirtschaftsdachverband setze sich daher mit aller

Kraft für diese Abstimmung ein. Forster appellierte an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, ein überzeugtes Ja an der Urne einzulegen.

Der Präsident von *economiesuisse* forderte die Erweiterung von Freihandelsabkommen mit wichtigen Ländern. Mit der neuen strategischen Ausrichtung der Aussenwirtschaftspolitik trage der Bundesrat den Veränderungen im weltweiten Handelssystem Rechnung. Es sei wichtig – neben der Förderung von Fortschritten in der WTO –, auch neue intensive Beziehungen mit den wichtigsten Wirtschaftspartnern in Übersee (USA), Japan, China, Indien und Brasilien anzustreben.

Wirtschaftspolitische Herausforderungen: kein Grund zum Zurücklehnen

In den letzten Jahren seien zwar einige Reformen wie das Wettbewerbsrecht, die Liberalisierung der Telekom, die Revision des Binnenmarktes und die bilateralen Abkommen I in Gang gekommen, meinte Forster anerkennend. Dennoch bestehe für die Schweiz kein Grund zum Zurücklehnen. Die Schweiz schneide im internationalen Standort-Ranking bei wichtigen Kennziffern *noch* gut ab, aber bei diesen Vergleichen würden verschiedene Probleme einfach weggeblendet wie der Schuldenberg der öffentlichen Hand, die Milliardenlöcher bei den staatlichen Pensionskassen und die enormen Kosten im Gesundheitswesen. Im Vergleich mit dem „neuen“ Europa, den Transformationsländern, werde deutlich, unterstrich Ueli Forster, dass nur mit klaren Visionen und konsistenten Programmen voranzukommen sei. Nicht die Politik der kleinen Schritte, sondern mutige Entscheide und Reformen seien jetzt gefragt. Dies gelte insbesondere für die

- Sanierung der Staatsfinanzen
- Erhaltung eines international wettbewerbsfähigen Steuersystems
- Ausgestaltung eines zukunftsfähigen Gesundheits- und Bildungssystems
- Sanierung der Sozialwerke

Dazu brauche es eine stringente Ordnungspolitik. *economiesuisse* sei sich bewusst, meinte Ueli Forster, dass nicht alles so laufe, wie das die Wirtschaft möchte, aber er stelle fest, dass sich die Schweiz bewege – wenn auch langsam.

Reparaturarbeiten am bestehenden System genügen nicht mehr

In seinem Gastreferat wies Jürgen Dormann, Präsident des Verwaltungsrats der ABB, darauf hin, dass die Schweiz klar zu den Gewinnern der freien internationalen Märkte gehöre und nach wie vor in vielen Kategorien Bestnoten erreiche. Doch der Standort Schweiz sei nicht konkurrenzlos, denn der globale Wettbewerb stelle für den gesamten Westen eine grosse Herausforderung dar. Wer heute stillstehe, der falle zurück. Die immer wieder geäusserten Klagen über die Zukunft der Schweiz seien deshalb nicht unberechtigt. Symptome wie akute Wachstumschwäche oder Arbeitsplatzverluste stellten aber kein schweizerisches, sondern ein europäisches Problem dar. Dazu komme das abnehmende Wachstumspotenzial aus demografischen Gründen. Zu den Wachstumsproblemen gehöre fatalerweise auch die Investitionsmüdigkeit. Stattdessen hätten die Auslandsinvestitionen rasant zugenommen (Nettokapitalabfluss von 260 Milliarden Dollar). Die Mittel seien nach Asien und Lateinamerika geflossen. Vor diesem Hintergrund genügten Rezepte wie Zurückführen der Staatsquote, Stärkung der Eigenverantwortung, Senkung der Gesamtbelastung von Bürgern und Unternehmen sowie der Abbau von Protektionismus und Subventionen nicht mehr. Angesichts der immensen Herausforderungen, die vom Weltmarkt auf uns zukämen, gab Jürgen Dormann zu bedenken, reichten Reparaturarbeiten am bestehenden System nicht mehr aus. Am Beispiel China machte er deutlich, wie Politik, Staat und Wirtschaft dieses riesigen Landes alles daran setzten, eine strategisch herausragende Po-

sition im Weltmarkt zu erreichen. Wenn es bisher im Globalisierungswettstreit primär um die Produktionsstandorte gegangen sei, so spüre man immer deutlicher den Wettbewerb um die Entwicklungsstandorte, und es werde nicht lange dauern, werde auch der Wettbewerb um die Forschungsstandorte in vollem Gang sein. Damit stehe die letzte Domäne Westeuropas in zehn Jahren zur Disposition, räsionierte Jürgen Dormann.

Schweizer Standards besser nutzen

Jürgen Dormann plädierte dafür, die eigenen Stärken viel besser zu nutzen. Die Schweiz verfüge über eine einzigartige wirtschaftliche Infrastruktur. Die Verbindung von innovativen, weltweit erfolgreichen Grosskonzernen mit dem Netzwerk vieler spezialisierter, hochkompetenter Klein- und Mittelunternehmen ergebe eine reiche Mischung von Möglichkeiten, Erfahrungen und Können, was sich in feingegliederten Wertschöpfungs- und Lieferbeziehungen zeige. Dazu kämen die Vorteile einer hervorragenden Infrastruktur wie Bildung, Verkehr, Kommunikation, Verwaltung sowie politische und soziale Stabilität. Diese Standards, die in andern Regionen der Erde bei weitem nicht erreicht seien, befähigten die Schweiz, im Bereich der technologisch anspruchsvollen Produktionen und Dienstleistungen massgeschneiderte Lösungen anzubieten, rasch zu reagieren und ein verlässlicher Geschäftspartner zu sein. Diese charakteristische Stärke der Schweiz gelte es weiter auszubauen.

Zusammenspiel Wirtschaft – Wissenschaft fördern

Im Bildungs- und Forschungsbereich sollten Wissenschaft und Wirtschaft noch besser aufeinander abgestimmt sein. Jürgen Dormann plädierte für eine stärkere Fokussierung wissenschaftlicher Arbeiten auf Projekte, die zu wirtschaftlich wettbewerbsfähigen Innovationen führten. Dazu brauche es eine engere Zusammenarbeit zwischen Institutionen, Hochschulen und Wirtschaft bereits ab der Projektierung unter Einbezug kleiner und mittlerer Unternehmen. Schliesslich bedürfe es vermehrt der Etablierung von „public private partnerships“, vielfältigeren Formen der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Finanzierung von Forschungsprojekten. Das ABB-Forschungszentrum Dättwil sei ein gutes Beispiel, wie dieses Zusammenspiel im Alltag erfolgreich funktioniere.

Glaubwürdige Wirtschaftsführer gefragt

Abschliessend äusserte sich Jürgen Dormann zum Bild, das Unternehmer und Manager in der Öffentlichkeit abgeben. Es sei mitentscheidend, wie viel Vertrauen die Gesellschaft gegenüber der Wirtschaft habe. Bei der Krisenbewältigung der ABB lasse sich ablesen, wie mit symbolischen Akten – Veränderung des Führungsstils, Offenheit und intensive Kommunikation – Vertrauen und wirtschaftlicher Erfolg zurückgewonnen werden könnten. Wo immer Vertrauensverlust in die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Schweiz oder in die Leitung eines Unternehmens auftauchten, sollte mit Führung und Kommunikation wirksam entgegengetreten werden, schloss Jürgen Dormann.

Zürich, 2. September 2005

Rückfragen:

Fredy Müller, economiesuisse, 079 352 61 59